

DER SCHNELSENER

Mitgliederzeitung der SPD Schnelsen - Ausgabe Nr. 1 / 2018



SPD

JANUAR
FEBRUAR
2018

SPD Schnelsen – Wachsender Ortsverein – Neue Mitglieder schieben mutige Projekte an



*Liebe
Genossinnen
und Genossen,*

der Distriktvorstand Schnelsen hat sich vor zwei Jahren, im Februar 2016, nach den letzten Organisationswahlen ehrgeizige Ziele gesteckt: Zum Beispiel die Erhöhung der Mitgliederzahl um mindestens 20% bis Anfang 2018 oder die Verstärkung der Präsenz in der Frohmestraße über regelmäßige und häufigere Infostände oder häufigere Angebote von öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zu wichtigen Themen.

Die Rückschau auf die letzten beiden Jahre der gemeinsamen Arbeit im Distrikt Schnelsen ist sehr erfreulich: Die Mitgliederzahl ist um mehr als 20% innerhalb von nur zwei Jahren auf 210 Mitglieder gestiegen. Viele der neuen Mitglieder sind schnell aktiv geworden und bringen sich mit viel Enthusiasmus, frischem Wind und neuen und zuweilen unkonventionellen Ideen in die Arbeit ein. Die Aufgabe des Vorstands ist dabei die eines unterstützenden Mentors, der Mut macht und Fehler als notwendigen Lernprozess zur wirksamen teamorientierten politischen Arbeit ansieht. Neue Schnelsener Mitglieder haben beispielsweise mitgewirkt bei der „Mauer-Aktion gegen Rechts“ auf dem Tibarg. Und sie haben die Gestaltung und Durchführung einer Umfrage unter Schnelsener BürgerInnen zu den wichtigsten lokalen Themen aus ihrer Sicht angeschoben und die schwierigen und gleichzeitig sehr wichtigen Themen Schulversorgungsplanung in Schnelsen und Zukunftskonzept für die Frohmestraße auf die Tagesordnung gesetzt. Aus diesen Initiativen ist der „Arbeitskreis Kommunales“

entstanden, der diese „dicken Bretter“ weiter in einer engagierten AG voranbringt. Andere Neumitglieder konzipieren und organisieren öffentliche Veranstaltungen, in 2018 zum Beispiel zum Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“, oder erarbeiten Antragsentwürfe zu wichtigen Themen.

In den letzten zwei Jahren haben wir in Schnelsen sehr gut besuchte öffentliche Diskussionsveranstaltungen zu den Themen Bürgerversicherung, Renten- und Arbeitsmarktpolitik, soziale Gerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt und zum Thema Rechtspopulismus organisiert. Als Redner hatten wir dazu unseren Bundestagsabgeordneten Niels Annen, Bundearbeitsministerin Andrea Nahles, Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks und Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Leonhard zu Gast. Ein echter Höhepunkt war die Rechtspopulismus-Podiumsdiskussion im Februar 2017 mit 130 Gästen, die wir gemeinsam mit der Ev.-Luth. Kirche Schnelsen organisiert und durchgeführt haben. Und die Andrea Nahles-Veranstaltung mitten in den Sommerferien am 10. Aug. 2017 wollten mehr als 160 Besucher sich nicht entgehen lassen. Diese Präsenz mit Themen und Personen im Stadtteil Schnelsen hat dann – im Hamburg-Vergleich – zu geringeren Stimmenverlusten bei der verheerenden Bundestagswahl geführt als anderswo.

Dazu beigetragen hat auch unsere deutlich erhöhte Präsenz an den Infoständen in der Frohmestraße, die wir ab Februar 2017 bis zum Wahltag nicht nur einmal im Monat, sondern zweimal pro Monat durchgeführt haben. Damit verdoppelten wir unsere Sichtbarkeit und boten eine Anlaufstelle für Bürgerkontakte dort, wo sie im öffentlichen Raum am ehesten entstehen: Beim

Einkaufen am Samstagvormittag. Aus unserem Ortsverein sind ein gutes Dutzend Anträge zu Sachthemen in den letzten Jahren auf den Weg gebracht worden, unter anderem zu den Themen Gesundheit, Rente, Arbeitsrecht, Steuern, Freihandel und Klimaschutz. Verschiedene Projektgruppen erarbeiten zu einzelnen Themen den aktuellen Sachstand und formulieren Anträge mit Verbesserungsvorschlägen. All das wirkt in Richtung der Hamburger Landespolitik und mehr noch in Richtung der gerade beginnenden Sondierungen auf Bundesebene.

Bundesweit liegt der Mitgliederzuwachs seit Anfang des Jahres bei rund 2,5% nachdem seit zehn Jahren die Zahlen jährlich zurückgingen auf zuletzt 440.000. Dass der Vorstand der SPD Schnelsen in den letzten Jahren offensichtlich einiges richtig gemacht hat sieht man auch daran, dass in den letzten vier Jahren die Zahl der Mitglieder in Schnelsen um mehr als 40% zugenommen hat. Alle neuen Mitglieder sind herzlich eingeladen mitzumachen, die eigene Meinung und Ideen einzubringen und einfach mal was zu machen und auszuprobieren. Der Vorstand wird dich dabei maximal unterstützen.

*Einen guten Start in das Jahr
2018 wünscht dir*

Matthias Ederhof.

Liebe Genossinnen u. Genossen,
wenn Absenderadressen, oder Mailadressen sich ändern, teilt es uns bitte mit. Gern auch Telefon-Nrn.
Möchtet Ihr den Schnelsener nur digital zugesandt bekommen - dann sendet uns bitte eine Nachricht.

Wieder 50 % für die SPD...

Ist es nur eine in den Jahren verschollene ideologische Vision der Mitglieder und Mitgliederinnen?

Wirklich unreal dieser Gedanke? Hat die SPD eine Zukunft oder begnügen wir uns lediglich mit 30 %? Bei diesen Überlegungen erinnere ich mich an den Film, „Streben nach Glück“. Streben wir nur der 30 %-Marke hinterher oder sollten wir Mut beweisen und sagen: 50 % ist gerade genug für uns?

Inwiefern ist unsere Gesellschaft überhaupt noch in der Lage, sich selbst Ziele zu setzen? Sind wir sozial genug für die SPD? Welche sozialen Gedanken haben und vertreten tagtäglich unsere WählerInnen? Ist unsere Gesellschaft sozial genug für die SPD? Wenn man sich alleine die Familien in Hamburg ansieht, müssten alle ausnahmslos die SPD gewählt haben, insbesondere wenn man an die vollumfänglichen Subventionen im Kita- und Ganztagsversorgungsbereich denkt, von denen jede Familie profitiert hat. Welchen Werten streben wir hinterher? Sind es die Werte nach den materiellen Dingen im Leben? Oder streben wir eine gut funktionierende kooperative Gesellschaft an, in der auch zwischen-

menschliche Werte wieder mehr Platz haben? In unserer Gesellschaft findet kein qualitativ hochwertiger Kommunikationsaustausch mehr statt. Man kommuniziert per WhatsApp, versendet Nachrichten mit Emojis gibt Befehle an Siri und Alexa. Somit versetzen uns die Medien in eine nur scheinbare Welt, in der unser eigenes Handeln und das Streben nach den inneren Werten durch künstlich geschaffene und pragmatisch handelnde Instrumente stattfindet. Auch ist zu beobachten, dass öffentlich-rechtliche Sender durch ihre Beiträge es nicht mehr schaffen neutral in ihrer Wertevermittlung zu sein. Das Ergebnis ist, dass sie konsequent politisches Handeln lenken. Wenn wir also nicht mehr in der Lage sind, Werte zu vermitteln, wäre die einzige Möglichkeit, die uns bleibt, zurück zu einer sozialen Gesellschaft zu kommen, indem wir soziale Mechanismen installieren, die langfristig dazu führen, sozialer zu sein und zu werden. Eine soziale Gesellschaft schafft man sich nicht an einem Tag! Eine soziale Gesellschaft muss man sich über Jahre hinweg erziehen! Die Erziehung hat in unserer Gesellschaft über Jahre versagt. Allei-

ne, dass der Zivildienst ausgesetzt wurde, zeigt die dadurch langfristig entstandenen folgenschweren Einschnitte und Einbrüche in unserer heutigen sozialen und auf Werten basierenden Gesellschaft. Allein die vielen Missstände in der Kranken- und Altenpflege zeigen die gravierenden Auswirkungen am besten. Aber da sind wir wieder bei unseren Werten, den inneren wohl gemerkt und man kann sich durchaus die Frage stellen, ob eine Gesellschaft sozialer und wertschätzender wird, wenn man Leistungen anheben würde und es dazu führen würde, dass die WählerInnen die SPD wählen? Nein, es sind gesellschaftliche Probleme die wir über Jahre, vielleicht auch politisch motiviert, erzeugt und zugelassen haben, in einer Gesellschaft die durchaus in der Lage ist, danach zu streben sozialer zu werden.

Aber das können wir erreichen, indem wir gemeinsam handeln und uns mit Wertschätzung begegnen. Dann erreichen wir auch die 50%!

von Tim Ortak

Matthias Ederhof:

Kenia-Koalition als Wegbereiter für eine progressive Regierung ab 2021

Die SPD-Politiker Gesine Schwan und Wolfgang Thierse haben eine ungewöhnliche Idee: In einem offenen Brief Mitte Nov. 2017 an SPD-Chef Martin Schulz und Fraktionschefin Andrea Nahles werben sie für ein Bündnis mit Union und Grünen. Dem kann ich mich nur anschließen aus den folgenden Gründen:

1. Wenn die SPD wieder eine progressive Regierung ab 2021 anführen will, dann sollten zwei der drei Bündnispartner jetzt schon miteinander ein starkes Gegengewicht zur CDU/CSU bilden.

2. Mit einer selbstbewussten Grünen Partei an der Seite wird es für die SPD einfacher sein, zentrale Kernanliegen wie die Bürgerversicherung, die Stärkung des europäischen Zusammenhalts und den sozialverträglichen Koh-

leausstieg in der nächsten Regierung durchzusetzen.

3. Die SPD will sich Umwelt- und Klimaschutzthemen wieder mehr zuwenden, so Martin Schulz in seiner programmatischen Rede auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017.

Auszug aus dem offenen Brief von Gesine Schwan und Wolfgang Thierse:

„...Die SPD könnte dann Regierungsverantwortung übernehmen, wenn zu folgenden zwei Themenkomplexen, die in den Jamaika-Verhandlungen, wohl wegen der FDP, kaum behandelt worden sind, überzeugende gemeinsame Antworten gefunden werden können:

Erstens: Eine Politik zugunsten sozialer Gerechtigkeit. Dazu gehören: Eine Abschaffung der Hartz-IV-Regelung,

das eigene Ersparte bis auf ein Minimum aufzubrechen, bevor staatliche Unterstützung gezahlt wird; eine Erhöhung des Mindestlohns, eine angemessene Sicherung der Rente, bezahlbarer Wohnraum, Chancengleichheit in der Bildung und bei der Gesundheit. Dazu gehört auch eine Klimaschutzpolitik, die eng verzahnt ist mit sozialer Gerechtigkeit. Zentral ist die Vereinbarung eines verlässlichen, sozialverträglichen und zeitlich absehbaren Ausstiegs aus der Kohle.

Zweitens: Ein erkennbarer Aufschwung in der Europapolitik. Dazu gehören endlich konstruktive Antworten auf die Vorschläge von Präsident Macron, insbesondere zu gemeinsam finanzierten europäischen Investitionen, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, zur parlamentarischen Kontrolle eines Eurobudgets und einer

Fortsetzung von S.2: Kenia-Koalition als Wegbereiter ...

europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik und zu neuen europäischen Bildungsinitiativen. Wir brauchen eine integrierende Gesamtkonzeption zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik mit klarer humanistischer und zugleich realistischer Orientierung und mit einer Politik der Entwicklungsperspektiven, insbesondere in der Zusammenarbeit mit Afrika. Beide müssen in Übereinstimmung gebracht werden mit den europäischen Werten und also Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht respektieren. Sie sollten die kommunale Entscheidungsebene stärken und die Partizipation von organisierter Zivilgesellschaft und Unternehmen in Europa wie in Af-

rika einbeziehen.

Diese Politik war bisher in der Großen Koalition nicht möglich. Zusammen mit den Grünen könnten die Chancen dafür besser stehen.

Eine sogenannte „Kenia-Koalition“, also eine Koalition aus CDU/CSU, SPD und Grünen, für die wir optieren, hätte allerdings den demokratiepolitischen Nachteil, dass die Regierung gegenüber der Opposition eine erdrückende Mehrheit hätte und die Opposition schon quantitativ keine Alternative böte. Zu rechtfertigen wäre sie aber wegen der aktuellen staatspolitisch sehr schwierigen Situation und wenn die genannten politischen Inhalte realisiert würden.

Sie müsste (wie ja auch eine Minderheitsregierung) als Übergangslösung verstanden und praktiziert werden, um eine Periode deutscher Instabilität und Unberechenbarkeit in der Europapolitik und im internationalen Bereich zu vermeiden.

Die inhaltliche und strukturelle Erneuerung der SPD müsste trotzdem mit Energie betrieben werden. Das ist in der Opposition erfahrungsgemäß nicht notwendig leichter als in der Regierungsverantwortung.

Mit herzlichem Gruß, Gesine Schwan und Wolfgang Thierse“

Warum eigentlich (k)eine Minderheitsregierung?

Muss die Bundesrepublik instabile Weimarer Verhältnisse fürchten?

Am Mittwoch, dem 27. Dezember 2017, zitiert das Hamburger Abendblatt die Fraktionsvorsitzende der SPD, Andrea Nahles, mit der Einschätzung, dass wir wieder mehr Debatten im Parlament bräuchten, um Unterschiede klarer zu machen. (S.3) Mehr noch: Die gesamte Art zu regieren und der Umgang mit dem Parlament müssten sich grundsätzlich ändern.

Diese Einschätzung ist aus Sicht der SPD mehr als verständlich: Schließlich kann unsere Partei als Mitglied früherer Großer Koalitionen auf eine Vielzahl von Erfolgen (Mindestlohn,...) verweisen, musste aber die leidvolle Erfahrung machen, dass diese vom Wähler wenig honoriert wurden.

Ein Grund: Die Konturen dessen, was die SPD wollte und will, waren im Zusammenhang der Großen Koalition nicht klar erkennbar.

Und das hat in der Regel etwas mit bisherigen Mechanismen parlamentarischer Arbeit zu tun: Nicht spannende Debatten und aufklärende Streitgespräche, sondern Prozesse von Machtdurchsetzung und -erhalt bildeten in der Regel den Fokus parlamentarischer Arbeit. Diese spielt sich recht selten im Plenum ab, sondern hinter verschlossenen Türen, in Ausschüssen, Kommissionen u.ä. Gremien. Der Bürger freilich hat eine andere Vorstellung von Demokratie im Kopf – er wünscht sich ein

Parlament der lebendigen Auseinandersetzung um Konzepte und Visionen – eine Auseinandersetzung, die ihm hilft, Konflikte (besser) zu verstehen und die Folgen des eigenen (Wahl)verhaltens besser einzuschätzen. Das Parlament soll das Zentrum der politischen Debatte und der Herstellung von Kompromissen sein – vor aller Augen sichtbar. Dass die politische Wirklichkeit der Berliner Republik von diesem Idealbild abweicht, stellt mittlerweile eine Binsenweisheit dar. Das hat auch mit den Besonderheiten des deutschen Bundestages zu tun – ich sage „auch“, weil vor allem die unumkehrbaren ökonomischen, ökologischen, politischen und kulturellen Globalisierungsprozesse ein- für allemal ein jedes nationales Parlament in seiner Wirkungskraft begrenzen und Demokratie auch zu einer transnationalen Angelegenheit gemacht hat – was auch immer die Trumps, Putins oder Erdogans sagen und mit welchen autoritären Gesten sie auch protzen. Die Mehrheit der Abgeordneten wählt die Regierung aus ihrer Mitte und stärkt diese in ihrem Bestreben, Gesetze und andere Vorhaben zu beschließen und durchzusetzen. Auch das, die Erzielung einer mehrheitsfähigen Vorlage, kann schon harte Arbeit sein – schließlich ist keine Partei ein einheitlicher Block von Interessen und Sichtweisen, und der de facto vorhandene, wenn auch nirgendwo im GG verankerte „Fraktionszwang“ macht deutlich, wie anstrengend es sein kann, Parteien zu einem einheitlichen Willen

zusammenzubringen, der in der Partei und vor den Wählern Bestand hat.

Wie schwer wird das erst, wenn die Regierung im Parlament keine absolute Mehrheit mehr hat, sondern sich Mehrheiten suchen muss bzw. auf die Duldung anderer angewiesen ist?

Tatsache ist: Nach der Bundestagswahl im September benötigt ein Gesetz von den insgesamt vorhandenen 709 Stimmen mindestens die Mehrheit von 355 Stimmen. Ohne Regierungspartner wäre Merckels Union also gezwungen, 109 Stimmen in anderen Fraktionen zu finden, um ein Gesetz beschließen zu können. Diesen Gedanken kann man nun auch positiv wenden.

Da ist zum einen die Erwartung, dass eine Minderheitsregierung im Parlament energischer und mit nachvollziehbaren Argumenten für ihre Ziele kämpfen müsste- manche würden sagen, sie wäre gezwungen, endlich einmal zu sagen, wofür sie wirklich steht - , und sie müsste eventuell Kompromisse machen, die die Anliegen der parlamentarischen Opposition stärker berücksichtigen. Mit einer fehlenden Mehrheit im Parlament zu regieren, bedeutet für die Union, sich für jedes Gesetzesvorhaben bei anderen Fraktionen Mehrheiten suchen zu müssen und diese gegebenenfalls mit inhaltlichen Zugeständnissen oder womöglich auch sachfremden Zusagen, etwa in anderen strittigen Fragen, einzuwerben.

Da ist zum anderen die Überlegung, dass der vielzitierte deutsche „Wutbürger“

Fortsetzung: Warum eigentlich (k)eine ...?

- jede Entscheidung bejammern und beklagen, die nicht seinen ureigensten Interessen/Sichtweisen entspricht - mit der unübersehbaren Tatsache konfrontiert wäre, dass Wählen in der Demokratie auch bedeutet, sich der Verantwortung für das Ganze bewusst zu sein, also auch für die Bedürfnisse und Anliegen der anderen. So gesehen, könnten Minderheitsregierungen gut für das Funktionieren einer Demokratie werden, die um den jeweils besten Weg ringt und nur so zu tragfähigen Kompromissen bzw. einem Konsens findet.

Noch eine dritte Überlegung scheint wichtig: Auch die AFD wäre letztlich gezwungen, sich mit Argumenten statt mit purer Polemik und Hetze an der parlamentarischen Arbeit zu beteiligen - oder sie würde sichtbar als das, was sie in Wahrheit ist: ein großer Haufen unbelehrbarer Demokratiegegner, denen es letztlich nicht um die Interessen des kleinen Mannes geht, sondern um den Rückwärtsmarsch in alte autoritäre nationalistische Zeiten, in de-

nen das von ihnen so plakativ beschworene „Volk“ nichts zu sagen hätte. Zeigen würde sich ein harter Kern antidemokratischer Kräfte, die sich keineswegs auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen – und ein undurchdachtes Mitläufertum, das es für eine plurale Demokratie zu gewinnen gilt. Denn ein einheitliches „Volk“ mit gleichen Interessen und Neigungen - das gibt es im 21. Jahrhundert nicht und hat es auch nie gegeben. Es konnte und kann immer nur scheinhaft durch den Einsatz von Gewalt und Macht gegen Andersdenkende erzeugt werden!

Eine letzte Überlegung scheint deshalb wichtig zu sein: Ein lebendig diskutierendes Parlament mit Beschlüssen, die aufgrund eines intensiven und transparenten Meinungsaustausches zustande kommen, könnte dem Ansehensverlust der Politik (Stichwort „Politik- oder Politikerverdrossenheit“) – ausgelöst nicht zuletzt durch jene ökonomischen Veralterungsprozesse großer Konzerne und Finanzinstitutionen, die die

Bevölkerung als bedrohlich empfindet – vorbeugen. Das aber ist wichtig, um den Global players politisch Paroli bieten zu können. Richtig verstanden und umgesetzt, muss eine Minderheitenregierung beileibe nicht „schwach“ sein, wie viele Kritiker fürchten, die die Gefahr ausmalen, sie könne im Konzert der Großen nicht lautstark mitspielen – sie kann vielmehr dabei helfen, die aktuelle Schwäche des Parlamentarismus zu überwinden: durch größtmögliche Transparenz der Entscheidungen, durch die Souveränität der gewählten Abgeordneten, die für Positionen gewonnen werden müssen, statt sie einfach dem Fraktionszwang oder angeblich „alternativlosen Entscheidungen“ zu unterlegen, und damit letztendlich auch durch die wachsende Teilhabe der Bevölkerung am politischen Meinungsbildungsprozess.

von Petra Röder

Für die GroKo?

Wie war ich froh, dass die SPD in die Opposition gehen wollte – und nun soll ich für die GroKo argumentieren, weil auf der DV-Sitzung im Dezember, als wir den Inhalt der Januar/Februar-Ausgabe des Schnelsener erörterten, eigentlich niemand für die GroKo sprach, jemand aber dafür gefunden werden musste.

Nun denn: „Jamaika“ ist gescheitert!

Die SPD ist ohne Regierungsbeteiligung nur eine von sieben Parteien oder sechs

Fraktionen im Deutschen Bundestag. Aber sie ist von 20,5 % der Wähler und Wählerinnen beauftragt worden, das mit dem Wahlprogramm Versprochene durchzusetzen. Wo kann sie das eher erreichen: in der Regierung oder als eine von mehreren Parteien in der Opposition?

In der Regierung, wenn entsprechend verhandelt wird – nicht nur ergebnisoffen, sondern mit den wesentlichen Wahlzielen der SPD als Vereinbarungen für ein künftiges Regierungs-

programm. Die SPD wird nicht alle auf dem Bundesparteitag im Dezember 2017 mit den Leitlinien beschlossenen Ziele durchsetzen können. Dennoch muss diese neue Koalition ein überzeugendes, sozialdemokratisch geprägtes Programm für diese Legislaturperiode beschließen.

Wenn die SPD die gleichmäßige Besteuerung von Arbeit und Kapital, angemessene Mindestlöhne, die gleichen Kran-

kenkassenbeiträge bei Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft durchsetzt, dann wähle ich auch wieder die SPD, versprach mein angeheirateter Neffe. Damit die SPD nicht nur ihn, sondern die vielen anderen Wahlberechtigten, die der SPD für eine Mehrheit im Bundestag fehlen, gewinnen und zurückgewinnen kann, muss die SPD aus der Regierung heraus eine selbstbewusste und offensive Öffentlichkeitsarbeit machen, die die Leistung der SPD erkennbar macht und deutlich darauf hinweist, warum was nicht erreicht werden konnte.

Damit kann ich auch mich überzeugen, für die GroKo zu stimmen, obwohl mich schon ärgert, dass die SPD in die ersten Gesprächen nur mit zwei Personen, die CDU/CSU mit vier Personen geht. In den Sondierungsgesprächen ist die SPD richtig gut besetzt.

von Frauke Meyburg

IMPRESSUM

- **Herausgeber / V.i.S.d.P.**
Vorstand der SPD Schnelsen
- **Redaktion und Herstellung dieser Ausgabe:**
Astrid Bruchmann, Sylvia Börner, Matthias Ederhof
- **Druck & Gestaltung**
Druckservice Jansen, 22457 HH
- **Redaktionsschluss**
nächste Ausgabe: 05.01.2018
Auflage: 210 Exemplare
- **Bankverbindung**
SPD-Schnelsen
Hamburger Volksbank
IBAN: DE 51 2019 0003 0086 5968 02
BIC: GENODEF1HH2

Der Distrikt Schnelsen hat eine neue Bankverbindung:

SPD-Distrikt Schnelsen - Hamburger Volksbank
IBAN: DE51 2019 0003 0086 5968 02 - BIC: GENODEF1HH2

